

**Deutschland und Frankreich.**

Der deutsche Reichstag hat die neue Uebereinkunft mit Frankreich nach einigen Erläuterungen des Fürsten von Bismarck ohne jede weitere Erörterung genehmigt und durch diese sofortige stillschweigende und einmüthige Bestätigung das bededteste Zeugniß der vollkommenen Zustimmung zu der Politik der Reichsregierung abgegeben.

Der deutsche Kanzler hat bei dieser Gelegenheit von Neuem die Richtung und den Geist der Frankreich gegenüber befolgten Politik bezeichnet:

„Es ist nicht unsere Aufgabe (sagte er) unsern Nachbar mehr zu schädigen, als zur Sicherstellung der Ausführung des Friedens für uns unbedingt nothwendig ist, im Gegentheil ihm zu nützen und ihn in den Stand zu setzen, sich von dem Unglück, welches über das Land gekommen ist, zu erheben, soviel wir ohne Gefährdung eigener Interessen dazu beitragen können.“

Diese hochherzige Auffassung, welche ebenso wie der neue Vertrag die lebhafteste Zustimmung der deutschen Volksvertretung fand, hat in der That das gesammte Verhalten des Reichskanzlers von dem ersten Augenblicke an, wo er Friedensverhandlungen mit Aussicht auf Erfolg anknüpfen konnte, geleitet.

Alle Aeußerungen und Schritte des Fürsten Bismarck von den ersten offenen Ankündigungen des Friedensprogramms bis zu der neuesten Uebereinkunft mit Frankreich sind von demselben ebenso gemäßigten, wie festen Willen eingegeben, von dem Willen und Bestreben, sichere Bürgschaften eines dauernden Friedens zu erringen, darüber hinaus aber Nichts zu thun oder zu fordern, was die Wiederaufrichtung Frankreichs und die Wiederanknüpfung erwünschter Beziehungen auf die Dauer verhindern könnte.

Als der Reichskanzler im September v. J. zuerst die unerläßlichen Friedensbedingungen angedeutet hatte, da verkündete die sogenannte Regierung der nationalen Vertheidigung unter Entstellung seiner Forderungen: er habe die Absicht erklärt, Frankreich auf den Stand einer Macht zweiten Ranges herabsetzen zu wollen. Der deutsche Staatsmann aber verwahrte sich in einer eigends deshalb geschriebenen Depesche gegen diese Behauptung und versicherte, daß er bei den Verhandlungen (mit Jules Favre) von jeder verletzenden Hindeutung auf die Folgen des jüngsten Krieges für Frankreichs zukünftige Weltstellung weit entfernt gewesen sei.

Hätte Fürst Bismarck und die von ihm vertretene deutsche Politik irgendwie Gedanken der Rache und des Hasses gegen Frankreich verfolgen wollen, so würde es ihr an Gelegenheit und an der Macht nicht gefehlt haben, das schwer geprüfte Land noch weiter zu demüthigen und in unvergleichlich tiefere Verwüstung verfallen zu lassen.

Wer erinnert sich nicht der theilweise sehr gewichtigen Stimmen, welche zur Zeit der Kapitulation von Paris statt des gleichzeitigen Waffenstillstandes die nachdrückliche Fortsetzung des Krieges bis zur nahen völligen Erschöpfung Frankreichs anriethen? Und wenige Monate darauf zur Zeit der Pariser Kommune lag es von Neuem in der Hand der deutschen Politik, die begonnene innere Auflösung sich weiter über Frankreich verbreiten und an dem Marke des Landes zehren zu lassen; — unsere Regierung aber gewährte der französischen Regierung bereitwillig die Mittel, durch welche allein es gelingen konnte, des selbstmörderischen Aufstandes Herr zu werden und eine neue feste Ordnung der inneren Verhältnisse Frankreichs anzubahnen.

Bei allen weiteren Verhandlungen, welche seitdem stattgefunden, hat Fürst Bismarck zwar jeder Zeit in erster Linie die Sicherstellung der unbedingten und vollen Ausführung des errungenen Friedens im Auge gehabt, daneben aber, soweit es ohne Einmischung in die inneren Verhältnisse möglich war, die Wiederbelebung des Vertrauens und einer friedlichen und gedeihlichen Entwicklung in Frankreich zu fördern gesucht.

Schon jetzt ist zu erkennen, daß diese hochherzige Politik zugleich die richtigste Politik im beiderseitigen Interesse und im Interesse des Weltfriedens ist.

Nicht bloß die Regierung Frankreichs, welcher ihre unend-

lich schwierige Aufgabe durch das Entgegenkommen der deutschen Politik vielfach erleichtert wurde, ist aufrichtig bemüht, die freundlichen Beziehungen zwischen den beiden großen Nachbarstaaten auf jede Weise zu pflegen und fruchtbringend zu machen, sondern auch in allen besonneneren Kreisen des französischen Volkes beginnt die frühere Erbitterung und Leidenschaft allmählig einer ruhigeren Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse zu weichen. Nach dem Abschlusse der jüngsten Uebereinkunft zumal hat sich die öffentliche Stimme größtentheils so befriedigt und so anerkennend auch Deutschland gegenüber geäußert, wie man es noch vor wenigen Monaten kaum für möglich gehalten hätte.

Es ist schon sehr viel gewonnen, daß die Gedanken des Hasses gegen Deutschland, welche bis vor Kurzem ganz Frankreich beherrschten, eine Milderung und Ableitung erfahren. Je mehr dies gelingt, desto mehr wird die Stimme einsichtiger praktischer Politiker zur Geltung gelangen, welche dem französischen Volke sagen, daß es seine frühere Größe und seinen altbegründeten Rang unter den Völkern, den ihm Deutschland nicht rauben oder verkümmern will, seinerseits nicht durch Waffengewalt und durch blutige Rache, sondern durch einen dauernden Wiederaufbau seiner inneren staatlichen Ordnung und durch Werke des Friedens und wahren Volkswohls wieder zu erreichen vermag.

Die jüngste Uebereinkunft mit Frankreich.

Erklärungen des Fürsten von Bismarck in der Reichstags-Sitzung vom 25. Oktober.

Ich erlaube mir, der Vorlage (über den Vertrag vom 12. Oktober) einige ihre Entstehung erläuternde Worte beizufügen. Wie bekannt, wurde in dem Frieden von Frankfurt-Versailles schon in Aussicht genommen, daß unter Umständen an die Stelle der territorialen Bürgschaften, welche Frankreich in Gestalt der von uns besetzten Landesheile für die Ausführung des Friedens gegeben hatte, finanzielle Bürgschaften treten könnten. Unter gewissen Umständen lag eine solche Aenderung in den Interessen beider Theile.

Die Okkupation eines erheblichen Theiles französischen Gebiets ist ja für Frankreich entschieden eine Last nach allen Richtungen hin, namentlich eine moralische, die politische Entwicklung und Befestigung der Zustände in Frankreich hemmende. Für uns ist sie unter Umständen eine nothwendige Last, die wir uns auflegen müssen, um die Erfüllung des Friedens zu sichern, aber immerhin — wenn auch eine mäßige — eine Last. Ich erinnere nur an die Interpellation, die gestern gestellt wurde über die Rückkehr der Reserven, die mir nach dieser Richtung hin nicht ganz erwünscht war; denn es ist nicht nützlich, den fremden Ländern, den Gegnern gegenüber die eigenen Lasten, die die Kriegführung und die Pfandnahme auferlegt, zu unterstreichen; aber ich hoffe, meine Herren, um so mehr wird der Herr Interpellant von gestern erfreut sein darüber, daß diese Last theilweise hat vermindert werden können.

Die Beschaffung etwaiger finanzieller Bürgschaften lag der französischen Regierung ob; sie hat es versucht, zum Theil unter großen Kosten, sie zu beschaffen. Banquiers hatten sich bereit finden lassen, annehmbare Bürgschaften ihrerseits für die Effektivierung der französischen Zahlungen bis zum 1. Mai, also für zusammen 650 Millionen Franken zu geben für eine Provision, die mir auf Höhe von 1½ pCt. genannt wurde — ich weiß es nicht genau — also etwa 10 Millionen Franken. Die französische Regierung wäre, wie ich glaube, bereit gewesen, dieses Opfer zu bringen, wenn die Bürgschaften der Geldmänner eine Gewähr gehabt hätten, die für uns annehmbar gewesen wäre. Wenn sie für uns von Nutzen sein sollte, wenn sie für uns eine die etwaige Verminderung der Sicherheit, welche wir an der französischen Regierung haben, deckende Bedeutung haben sollte, so mußte sie in vertauslichen Werthen bestehen. Solche in unsere Hände zu legen, trugen die Banquiers Bedenken: wir sollten uns anbeißig machen, diese Werthe für unveräußerlich zu erklären bis zum Verfalltermin. Wir wären also in dem Falle, daß gegen unsere Wünsche und Erwartungen der Bestand regelmäßiger und geordneter Zustände in Frankreich erschüttert worden wäre, doch nicht in der Lage gewesen, uns wechselmäßig an die ausstellenden Banquiers zu halten. Unter diesen Umständen wäre nach meiner Ansicht die Bürgschaft, welche die Banquiers boten, werthlos gewesen oder hätte doch diejenige Bürgschaft, welche uns die französische Regierung mit ihren Zusagen selbst und welche uns der Ueberrest unserer Okku-